Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der Saale-Zeitung.)

V. Legislatur-Periode. 4. Session.

4. Sitzung vom 13. März 1884.

Am Tische des Bundesraths: Fürst Bismarck, v. Boetticher, v. Scholz, Bronsart v. Schellendorff, v. Schelling, v. Burchard, v. Rotitz-Wallwitz u. a.

Die Tribünen sind überfüllt.

Präsi. v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr und erheilt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort dem

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich halte es für meine Pflicht, bei meinem ersten Erscheinen im Reichstage sofort die Gründe darzulegen, welche mich abgehalten haben, die Resolution des amerikanischen Repräsentantenhauses nicht an dieses hohe Haus gelangen zu lassen. Es könnte zweifelhaft sein, ob dies noch opportun ist, nach den ausführlichen Debatten in der Presse die Sache von neuem zu berühren, wenn ich nicht durch die Vorfälle vor einigen Tagen genöthigt wäre, mich darüber auszulassen. Der Abg. Richter hat dabei von einer unbenannten Einmischung des Reichskanzlers gesprochen. Es könnte daher so aussehen, als ob ich muthwillig eine Amtshandlung vorgenommen hätte. Bei seiner genauen Kenntniß der Verfassung hätte er eine solche Behauptung nicht aufstellen dürfen. Unsere guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten datiren seit deren Entstehung, seit Friedrich II. sie anerkannt hat; es ist das ein Erbtheil, das wir mit in das Reich hinübergenommen haben. Wir haben uns damals ferngehalten, als dort der Sezessionskrieg ausgebrochen war, und haben uns in die Streitigkeiten nicht gemischt. Unser Benehmen hat daher einen dauernd günstigen Eindruck in Amerika hervorgerufen, und ich habe stets anerkennen können, daß unsere Beziehungen vortrefflich waren. Auch 1866 und 1870 hat man uns von dort aus Sympathien dargebracht. So lange ich Minister bin, sind unsere guten Beziehungen stets erhalten und gepflegt und bis auf den heutigen Tag nicht getrübt worden. Anfangs sah ich in der sogenannten Lasker-Resolution auch nichts weiter als den Ausdruck des Wohlwollens des amerikanischen Repräsentantenhauses für das Deutsche; uns würde sie ohne Weiteres dem Reichstage übermittelt haben, wenn mich nicht eine Wendung in der Resolution daran gehindert hätte. In dem Aktenstück wird die politische Thätigkeit des Verstorbenen als eine anerkennenswerthe, nützliche und namentlich für Deutschland ersprießliche bezeichnet. Diese Klausel könnte jemand, der die Verhältnisse in Amerika nicht kennt, für einen Streich gegen meine und damit Sr. Maj. des Kaisers Politik halten, die Lasker immer bekämpft hat. Er war Mitglied einer Fraktion, der der Sezessionisten, die eine Abneigung gegen mich und die von mir vertretene Politik nie verläugnete. (Widerspruch links.) Es wird mir doch niemand einreden wollen, daß die Sezessionisten keine Oppositionspartei quand même waren. Jeder von uns ist nicht in der Lage, die politische Stellung irgend eines amerikanischen Abgeordneten genau zu kennen. Ebenso ist dies in Amerika in Bezug auf unsere Verhältnisse der Fall. Sie haben dort einfach nicht gewußt, wer Lasker eigentlich gewesen. Kein Amerikaner wird also nach meiner Auffassung der auswärtigen Politik eine Verurtheilung der kaiserl. Politik gewollt haben. Nun ist aber die Lasker-Resolution von seinen Parteigenossen in maßloser Weise in der Presse ausgebeutet worden. Wer das in einer solchen Weise thut, der beleidigt mich. Sie haben am Grabe des Verstorbenen Politik getrieben. Sie versuchten die Verdienste Lasker's nach Möglichkeit zu vergrößern und aufzubauschen. Das ist ja ein natürliches Bestreben. Aber die Bedeutung Lasker's war in der gegnerischen Presse in wucherischer Weise ausgenutzt worden und ich konnte doch unmöglich zugeben, daß man mich vor den Triumphwagen der Opposition spannte; ich konnte doch unmöglich eine Resolution, welche sich als eine Kritik der Politik des Kaisers charakterisirt, mit meinem Visa versehen. Die Aeußerung des Abg. Richter stellt mich mit dem Briefträger in eine Kategorie. Anders kann ich es doch nicht auffassen. Aber ich möchte ihm doch empfehlen, sich den Unterschied zwischen mir und einem Briefträger klar zu machen. (Heiterkeit.) Die Resolution war eine amtlich an mich gerichtete Zuschrift und ich brauchte zu ihrer Uebermittelung die stillschweigende oder ausdrückliche Genehmigung des Kaisers. Diese konnte ich hier unmöglich nachsuchen, und das Vorgehen der oppositionellen Presse mußte mich veranlassen dieser Klausel, zu meinem Bedauern, größeres Gewicht beizulegen. Lasker hat gleich bei seiner Ankunft in Amerika Stellung genommen und sich nach Zeitungsberichten dort als Vorkämpfer für Deutschlands Freiheit gegen die freiheitsfeindlichen Mächte hingestellt, als ob der Kaiser und ich der freiheitlichen Entwickelung im Wege ständen. Ich hätte erwartet, daß der hiesige Vertreter von Amerika mit unseren Verhältnissen so vertraut sei, um die Uebermittelung nicht zu übernehmen. Mir blieb demnach nichts übrig, als die mir zugedachte Briefträgerrolle abzulehnen. (Verlesen seine Antwort.) Was man in oppositionellen Blättern darüber liest, ist derartig, daß ich meinen Mund zur Widerlegung öffnen muß. Man stellt es so dar, als ob ich die reactionäre Politik wieder aufgenommen. Man behauptet, ich hätte da eine schöne Suppe eingebrockt, die müßten wir nun ausessen. Ich muß doch erwähnen, daß die Resolution vom Repräsentantenhause ausgegangen ist und nicht den üblichen Weg durchgemacht hat. Die nationalliberale Fraktion, der der Abg. Lasker angehörte, hat mir viel genützt und ich habe das stets anerkannt. Sie hat mir zur Seite gestanden, als sonst niemand meine Politik unterstützte. Aber der Abg. Lasker gerade hat sie nach Möglichkeit zu schwächen gesucht. Er hat es durch seinen Einfluß zu stande gebracht, die Trennung der nationalliberalen Partei zu bewirken. Er ist dann zur Sezession übergegangen und hat die Brücke betreten, die zum fortschrittlichen Ufer führte. Aber, daß er die Sezession nach links hinübergezogen hat, dafür bin ich ihm dankbar. (Unruhe.) Ich habe doch so gut wie jeder Preuße das Recht, meine Meinung frei zu äußern. (Heiterkeit.) Ich bemerke, daß ich die Entfremdung, die zwischen mir und der nationalliberalen Partei seit 1878 eingetreten ist, hauptsächlich für Lasker's Werk halte. Das Wenige, was ich für Deutschland habe thun können, hat er mir sehr sauer gemacht. Ich hatte erwartet, über diese Sache interpellirt zu werden und so Gelegenheit zu haben, mich über die Motive meiner Handlungsweise auszusprechen und die guten Beziehungen zwischen uns und Amerika zu konstatiren. Der Mißbrauch, der damit getrieben worden ist, gipfelt in dem Versuche, mich selbst in der Politik in eine schiefe Stellung zu bringen. Sie werden sich doch jedenfalls erinnern, daß zwischen dem Platze, wo der Abg. Lasker saß, und dem, wo ich hier stehe, die unfreundlichsten Worte gewechselt worden sind. Denken Sie sich doch den Fall auf englische Verhältnisse übertragen. Wenn z. B. das Herrenhaus bei dem Tode eines reactionären Mitgliedes des englischen Parlaments eine solche Resolution fassen und dorthin schicken würde, so ist kein Zweifel, daß diese dasselbe Schicksal, wie die amerikanische haben würde. Ich hatte vom Repräsentantenhause nichts anderes erwartet, als daß es sein Wohlwollen uns gegenüber aussprechen würde und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wir dasselbe in jeder Hinsicht erwidern. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hänel: Ich bitte uns Wort zur Geschäftsordnung.

Präsident v. Levetzow macht den Abg. darauf aufmerksam, daß nach der Geschäftsordnung in eine Debatte über die soeben gehörte Rede des Reichskanzlers ohne besonderen Antrag nicht eingetreten werden kann.

Abg. Dr. Hänel: Der Herr Reichskanzler hat das Recht, jederzeit hier im Hause das Wort zu ergreifen. Im Sinne dieses Rechtes liegt es doch jedenfalls, daß, wenn der Herr Reichskanzler hierbei irgend eine Partei des Hauses angegriffen hat, der interessirten Seite des Hauses eine Erwiderung zusteht.

Präsident v. Levetzow: Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß wir im Augenblicke noch gar nicht in die Tagesordnung eingetreten sind.

Abg. Dr. Hänel: Herr Präsident, Sie haben dem Herrn Reichskanzler das Wort vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilt, haben also auch das Recht, das Wort vor der Tagesordnung weiter zu ertheilen.

Präsi. v. Levetzow: Der Herr Reichskanzler hat das Wort gehabt auf Grund seines Rechtes. Ich für meine Person bin geneigt, auch dem Abg. Dr. Hänel das Wort zu ertheilen, falls sich kein Widerspruch erhebt. Es geschieht nicht — ich ertheile dem Abgeordneten das Wort, konstatire jedoch dabei, daß es gegen die Geschäftsordnung geschieht.

Abg. Dr. Hänel: Sie werden nicht erwarten, daß ich auf das Urtheil des Herrn Reichskanzlers über Lasker eingehe, ich will hier kein Todtengericht einführen, wie es der Herr Reichskanzler gethan hat. Ich glaube nicht, daß Fürst Bismarck berufen ist, über die, die er für seine Gegner hält, ein Urtheil abzugeben. Wenn man, wie der Herr Reichskanzler für einen Verstorbenen kein Wort der Anerkennung hat trotz all der Anhänglichkeit und Sympathie, die der Verstorbene für den Reichskanzler gehegt hat, dann muß ich sagen, es war vielleicht irgend jemand auf der äußersten Rechten, nicht aber der Herr Reichskanzler, der ein Urtheil über Lasker abgegeben hat. Ich glaube, daß dieser Eindruck sich auch in den Kreisen Bahn brechen wird, wo der Herr Reichskanzler es am wenigsten glaubt. Der Herr Reichskanzler hätte bei seinem Urtheil über Lasker sich nicht auf sensationelle amerikanische Zeitungsberichte, sondern auf einen Deutschen berufen sollen, auf Paul Lindau, der die letzte Rede Laskers in Amerika gehört und sie in der „Nat.-Ztg." wiedergegeben hat. In einer Versammlung in Amerika war Lasker vorgeworfen worden, er sei ein Gegner des Reichskanzlers. Da stand er auf, hielt eine begeisterte Lobrede auf Fürst Bismarck und erklärte nur ein Gegner einzelner Phasen der reichskanzlerischen Politik zu sein. Warum hat der Herr Reichskanzler auf diese Aeußerung nicht hingewiesen? — Wenn ich zu den übrigen Ausführungen des Kanzlers übergehe, so kann ich nur meine Befriedigung darüber aussprechen, daß er die Zurückweisung der Resolution ausdrücklich nicht als eine Feindseligkeit gegen Amerika angesehen wissen will; im übrigen aber war seine Begründung ziemlich schwach. Eine so schnell im Repräsentantenhause hingeworfene Resolution kann doch als letztes Ziel nicht die Beurtheilung der deutschen Politik, sondern eben nur das einer Beileidsbezeugung haben. Da sie also nur eine Beileidsbezeugung war, warum hat der Herr Reichskanzler nach das allgemein menschliche Gefühl berücksichtigt und anerkannt, daß über einen Todten leicht etwas mehr, als ihm zukommt, gesagt werden kann? Daß er dies nicht gethan, dafür muß man nach den Motiven suchen, und die kann ich nur darin finden, daß der Herr Reichskanzler damit entweder ein abfälliges Urtheil noch über einen Todten hat fällen oder uns an einem Danke für die Resolution des Repräsentantenhauses hat verhindern wollen. — Daß nicht Parlament mit Parlament direkt verkehren kann, darin gebe ich dem Fürsten Bismarck völlig Recht. Es wäre ein solches Verlangen auch ganz widersinnig, es müßte ein Querkopf sein, der das haben wollte. Wenn der Herr Reichskanzler weiter sagt, die Resolution sei nicht vom Kongreß, sondern allein vom Repräsentantenhause erlassen worden, so zeigt doch dies gerade, daß es sich nicht um eine offizielle Kundgebung handelt. Was hätte es denn also geschadet, wenn wir die Resolution erhalten und durch Vermittelung des Herrn Reichskanzlers dem Repräsentantenhause für die Adresse gedankt hätten? Es scheint aber, daß die Ursache der Ablehnung nur die gewesen ist, um die Politik Laskers und seiner Partei zu tadeln und so nicht nur eine Bekämpfung des Lebenden, sondern auch des Todten auszuüben. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Der Abg. Dr. Hänel hat meine Motivirung als schwach bezeichnet; ich bedaure meine Schwäche. Jeder kann aber das nur geben, so viel er hat. Ich will ihm auch sein Kompliment nicht zurückgeben. Ich muß nur um Nachsicht bitten und mich bescheiden; vielleicht ist Alles, was ich gesagt habe, Irrthum, vielleicht hat Lasker gar nicht der Opposition angehört, vielleicht hat er gar nicht meine Politik bekämpft. (Heiterkeit rechts.) Wenn der Herr Vorredner von einem Todtengericht gesprochen hat, so trifft dieser Vorwurf nicht mich, sondern diejenigen, welche den todten Lasker gegen mich ausgespielt haben. (Beifall rechts.) Auf das was der Vorredner von allgemein menschlichen Gefühlen gesagt, kann ich nicht eingehen, ich bin hier um Geschäfte zu besprechen, nicht aber, um mich über Sentimentalitäten zu unterhalten. Abg. Hänel hat mir vorgeworfen, daß ich in meines Herzens Härtigkeit nicht der Anhänglichkeit Laskers für mich gedacht habe. Aber ich danke für solche Anhänglichkeit, die als Waffe gegen mich verwendet wird. Es wurde namentlich bei den Wahlen diese Anhänglichkeit betont, das Publikum war damals noch nicht reif, in offener Opposition gegen mich gewonnen zu werden. Ich will damit gegen Lasker nichts Böses sagen, ich spreche ihn von jeder Doppelgängigkeit frei, aber er hatte leider am Donnerstag immer eine andere Meinung als am Montag vorher. Und ich kann doch deshalb nicht seine Anhänglichkeit an mich besonders anerkennen, weil Herr Paul Lindau sagt, Lasker hätte mich gelobt. — Jenen Zusatz in der Resolution, der meine Politik angreift, bezeichnet Abg. Hänel als eine Aeußerung des Herzens; ihr im mag ja die Verurtheilung des Gegners Herzenssache sein, für mich ist es dies nicht. Der Zusatz schien mir für die Politik des Reiches nachtheilig und deshalb habe ich die Uebermittlung der Resolution abgelehnt. Sie auf der Linken aber haben den Geist des Verstorbenen zitirt. Sie haben Spiritismus getrieben mit seinem Namen; mögen Sie allein sprechen oder in seinem Namen, für mich ist dies gleichgiltig. — Abg. Hänel hat die Forderung eines direkten Verkehrs von Parlament zu Parlament als widersinnig bezeichnet. Ich habe mich so scharf nicht ausdrücken wollen, weil einige Berliner Blätter, die diese Forderung aufgestellt hatten, sich davon hätten getroffen fühlen können. Ich möchte den Abg. Dr. Hänel bitten, jene Zeitungen zur Dementirung ihrer widersinnigen Forderung aufzufordern. — Dem Repräsentantenhause Dank zu sagen, steht ja übrigens dem Abg. Hänel völlig frei. Wer hindert ihn denn, mit seiner Klientel von 110 Freunden (Heiterkeit rechts) dem Repräsentantenhause zu danken? Stellen Sie doch einen Antrag hier, um den Dank zu votiren, aber verlangen Sie nicht, daß er von mir ausgehe. Und endlich, Herr Abg. Hänel, wenn ich wieder schwach gewesen sein sollte, so verzeihen Sie mir, aber ich bitte Sie, mir nicht vor versammeltem Kriegsvolke meine Schwäche vorzuwerfen. (Beifall rechts.)

Die Diskussion ist damit beendet.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und nimmt hierauf die Diskussion den Antrag des Abg. Mayer (Württemberg) an wegen Sistirung des gegen den Abg. Köhl bei dem Amtsgericht i. zu Würzburg schwebenden Strafverfahrens.

Es folgte die erste Berathung der Unfallversicherungs-Vorlage.

Abg v. Vollmar (Sozialdemokrat): Ohne die sozialistische Bewegung bis zum Jahre 1880 wäre es weder der Regierung, noch diesem Hause eingefallen, eine solche Vorlage einzubringen. Von Thronrede zu Thronrede sind wir auf diese Vorlage vertröstet worden, die Redner aller Parteien haben ihr Votum für das Sozialistengesetz abhängig gemacht von dem Erlaß einer solchen die Arbeiter sichernden Vorlage. Nun frage ich, was ist erfolgt? Während 2½ Jahren schien mon die Dringlichkeit der Vorlage vergessen zu haben, erst 1881 erschien die erste Vorlage. Man war allgemein erstaunt, daß diese Vorlage, welche die Sozialdemokratie bekämpfen sollte, oft in Wendungen sprach, die sonst nur bei uns üblich sind. Es schien, als ob die Regierung die von ihr konfiszirte sozialistische Literatur zum Zwecke der Vorlage eifrig studirt hätte. Auch die Mittel, die die Vorlage vorschlug, erschienen der Bourgeoisie als wesentlich sozialistisch. Die Vorlage wurde nicht angenommen, der zweiten Vorlage wurde ein Begräbniß in der Resolution Franckenstein gegeben und jetzt haben wir nun die dritte, freilich geänderte Vorlage. Die Regierung ist der Bourgeoisie Schritt für Schritt entgegengekommen. Wenn ich mir vergegenwärtige, wie hartnäckig sonst die Regierung und ihr Chef auf ihren Plänen beharrt, so muß ich fragen, warum diesmal nicht? Der Grund dafür ist das Bestreben, in dieser Session um jeden Preis Etwas zu schaffen. Man sieht ein, daß man zu viel versprochen und innerhalb sechs Jahren die Versprechungen nicht erfüllt hat. Und für die Wahlen besonders erscheint es nothwendig, daß diese Vorlage durchgebracht ist, da die Regierung sich sonst für bankerott erklären muß. — Die Regierung hat in ihren Motiven ausgesprochen, daß das Haftpflichtgesetz sich keineswegs bewährt hat; trotzdem knüpft sie doch an das Gesetz an und behält seine Fehler bei. Sie schließt das Baugewerk und die Eisenbahnarbeiter von den Vortheilen der Vorlage aus, sie macht zwischen Fabrik- und Handbetrieb einen Unterschied, der dem Volke unverständlich ist, sie schließt einzelne Arbeiter von den Prämien aus, während doch sämmtliche Arbeiter das Risiko der Versicherung mittragen müssen. Trotz der Resolution Franckenstein haben die ländlichen Arbeiter keine Berücksichtigung gefunden, während meine Partei dringend fordern muß, daß auf alle Arbeiter diese Vorlage ausgedehnt wird. Unverständlich bleibt es mir, warum man die unehelichen Kinder beschädigter Arbeiter von der Unterstützung ausschließen will — das ist doch eine sonderbare Anwendung des praktischen Christenthums. — Das Gesetz soll nach den Motiven nur auf 2 Millionen Arbeiter Anwendung finden — das ist doch gegenüber den großen Versprechungen nur ein winziges Mäuslein, das da der kreisende Berg geboren hat. Das einzige Besitzthum des Arbeiters ist seine Arbeitskraft; wird ihm diese durch einen Unfall genommen, so muß er eine genügende Entschädigung erhalten, nicht nur, wie die Vorlage es festsetzen will, zwei Drittel seines bisherigen Arbeitslohnes. Zum Mindesten darf man doch verlangen, die Invaliden der Arbeit mit den Invaliden des Krieges gleichzustellen. Und da zeigt sich, daß die Offiziere mehr Pension erhalten als ihr Gehalt beträgt, während die Arbeiter nur ⅔ ihres Arbeitslohnes erhalten sollen. — Für Lehrlinge, die noch keinen Lohn beziehen, will die Vorlage bei Unfällen nicht mehr als 200 M. jährlich Entschädigung erhalten — also ein Krüppel soll sich 50, 60 Jahre mit einer solchen Summe durchschlagen. Wie stimmt dies mit Ihren sozialpolitischen Versprechungen? — Wir kommen nun zu der Frage: wer zahlt die Entschädigungssumme? Nicht allein der Unternehmer, wie es anfangs schien, denn durch die Bestimmungen der Krankenkasse müssen selbst die ärmsten Arbeiter 13 Wochen hindurch jedesmal dem Unternehmer die Last tragen helfen. Dieser Beitrag ist keineswegs ein geringer; die Arbeiter werden fast zu zwei Dritteln die Summen zu tragen haben. — Die Berufsgenossenschaften sind im organischen Theil dieser Vorlage: damit sind wir einverstanden. Charakteristisch ist es aber, daß auch hier mit der Organisation der Bourgeoisie, des Kapitals begonnen wird, während man unserem Antrage auf Organisation der Krankenkassen seiner Zeit entgegengetreten ist. Die einsichtsvollsten unsichsudigsten Organisationen der Arbeiter will man nicht dulden. Die freien Hilfskassen will man an den Vortheilen dieses Gesetzes nicht theilnehmen lassen. Und doch haben gerade die Arbeiter das Hauptinteresse an diesem Gesetze, nicht nur mit ihrem Gelde, sondern auch mit Leib und Leben. — Einige Punkte, die nur das Kapital berühren, will ich hier nicht anführen; das Kapital hat ja hier Vertreter genug, um sich zu schützen. Hervorheben aber will ich, daß das Gesetz einen großen Sporn zu noch größerer Konzentration des Kapitals giebt. Den kleinen Kapitalisten wird es schwer werden, den Bestimmungen der Vorlage nachzukommen. Eigenthümlich aber ist es doch, daß gerade die handwerker- und innungsfreundliche Regierung es ist, die auf Kosten des Handwerks hier das Großkapital fördert. Wenn Sie darauf eingehen, daß die Entschädigungen genügend gezahlt werden, bin ich ganz einverstanden mit der Bestimmung, daß Entschädigungen nach dem Gemeindegesetz nicht zu zahlen sind; wenn die Entschädigungen aber nicht ausreichen, so muß ich doch diese Entschädigung nach dem Gemeindegesetz verlangen. — Alle diese Bedenken zeigen, wie recht wir hatten, als wir sagten, die Regierung hat nicht die Kraft und den Willen, die sozialpolitischen Bedürfnisse zu erfüllen. Wenn die Thronrede behauptet, daß die diesmalige Vorlage erst das Rechte trifft, so ist das doch wahrlich ein Armuthszeugniß für die früheren. Jede Sozialreform, die nicht von der ehrlichen Absicht ausgeht, die Lage des Volkes zu bessern, und nicht den Kern der Sache trifft, bleibt aussichtslos. Es ist ein Spiel mit dem Feuer, das Sie treiben. M. H., das Feuer ist für uns ein freundlich Element (Gelächter), aber man muß damit umzugehen wissen. Sie haben die 6 Jahre Ihrer Arbeit benutzt, um zu zeigen, daß Sie nichts auf diesem Gebiet leisten können. Wir haben sechs Jahre Unterdrückung hinter uns und die Regierungsvorlage sagt, unser Selbstgefühl sei gestiegen. Und in der That, unser Selbstgefühl ist gestiegen und mit vollem Recht, alles was gegen uns geschehen ist, ist nur eine nutzlose Kraftvergeudung geblieben. Wollten wir eine Bosheitspolitik spielen, so würden wir die Vorlage annehmen. Da wir eine solche Bosheitspolitik jedoch nicht treiben, da wir nur dem Volke nützen wollen, werden wir die Vorlage ablehnen.

Abg. Freih. v. Maltzahn-Gültz: Die Schlußworte haben so gelautet, wie ich sie erwartet habe. Der Vorredner wird damit die Thatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Regierung und die Rechte bemüht gewesen sind, den sozialpolitischen Mißständen Abhilfe zu schaffen. Wir stehen heute der dritten Vorlage gegenüber, ich will sie nicht im einzelnen durchgehen. Aber wir müssen uns fragen: wie stehen wir der Vorlage gegenüber? So, daß es uns sehr schmerzen würde, wenn auch in der letzten Session des Reichstages eine Einigung über diese Vorlage nicht erzielt würde. Wir müssen uns überlegen, wie weit können wir Gedanken von anderer Seite bestimmen. Unser Ziel ist die möglichst auskömmliche Sicherung aller Arbeiter; wir halten es für möglich, dieses Ziel auf dem Wege des allgemeinen Versicherungszwanges, wie es die verbündeten Regierungen wünschen, zu erreichen. Die nationalliberale Partei hat sich gegen diesen Versicherungszwang ausgesprochen, während das Centrum den staatlichen Behörden hierbei nicht das Maß von Einfluß zugestehen wollte, wie wir. Es wird sich in der Kommission zeigen, ob diese Gegensätze noch bestehen und mit welcher Partei es nun möglich sein wird, das Gesetz durchzubringen. Die Einbeziehung der Forst- und landwirthschaftlichen Arbeiter in dieses Gesetz halten auch wir für wünschenswerth; ob es bei dieser Vorlage schon möglich sein wird, erscheint mir zweifelhaft. Auch die Unterscheidung zwischen Fabrik- und Handwerksbetrieb scheint mir in der von der Vorlage gegebenen Form unglücklich und rein mechanisch. Ebenso halte ich die Frage über die Kostentragung während der ersten 13 Wochen für sehr diskutabel. Dies, wie die Frage der Organisation und noch mancherlei anderes wird die Kommission zu prüfen haben. Neu in dieser Vorlage ist die Schätzung des Reichsversicherungsamtes, nur eine Konsequenz des ganzen Gesetzes ist. Aus all diesen Gründen ersehen Sie, daß ich nicht ohne Kritik der Vorlage gegenüber stehe. Ich glaube aber, wir sollen nicht das Bessere des Guten Feind sein lassen und wenn wir in dieser Vorlage Brauchbares finden, so sollten wir uns über das Zustandekommen derselben hier im Hause auch zu einigen suchen. (Beifall rechts.)

Abg. Oechelhäuser (auf der Tribüne schwer verständlich): Meine Bedenken richten sich zunächst gegen die Beschränkungen, welche § 1 des Entwurfes in Bezug auf die Ausnahme der Arbeiter in dieses Gesetz aufstellt, während man doch gerade ein Gesetz für die Sicherung aller Arbeiter erwartet hat. Ebenso sehr muß ich mich gegen die lange Frist von 13 Wochen erklären, während welcher die Krankenkassen herangezogen werden sollen. In hohem Maße muß ich dann ferner gegen die Tendenz der Vorlage eintreten, welche auf eine Vernichtung der privaten Versicherungsgesellschaften abzielt. Ich muß diesen Widerspruch hier nicht nur erheben als Mitglied dieses Hauses, sondern auch als Industrieller. Eine große Anzahl von Schreiben seitens Großindustrieller mit zahlreichem Arbeiterpersonal könnte ich Ihnen vorlegen, in welchen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18840315026/fragment/page=0001

energisch für die Arbeiterversicherung, die Beibehaltung des bisherigen Modus der privaten Versicherungsgesellschaften, der sich sehr bewährt hat, eingetreten wird. Mit der Schaffung eines Reichs-Versicherungsamtes in der Art, wie es die Vorlage will, kann ich also, in Uebereinstimmung mit zahlreichen Fachverbänden, mich nicht einverstanden erklären. Es kann sehr gut an dem Versicherungszwange festgehalten werden und doch jedem Einzelnen freigestellt bleiben, wo er die Versicherung seiner Arbeiter bewirken will. (Der Reichskanzler verläßt den Saal.) Redner giebt dann eine sehr eingehende Uebersicht über Stand und Praxis des privaten Versicherungswesens, für welches er nochmals das Wohlwollen des Hauses erbittet und giebt zum Schlusse der Hoffnung Ausdruck, daß es der Kommission gelingen werde, aus der Vorlage ein brauchbares Gesetz zum Wohle des Vaterlandes herzustellen.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Unfallversicherungsvorlage.

Schluß 4¾ Uhr.

Provinzial-Nachrichten.

Der Nachdruck unserer Original-Korrespondenzen aus der Provinz ꝛc. ist nur unter Angabe der Quelle gestattet.

S. **Erfurt**, 13. März. Nicht nur in Halle, sondern auch hier zieht sich der projektirte Umbau des Bahnhofs wider Erwarten in die Länge. Wie man uns mittheilt, hat nämlich das ursprünglich von der königlichen Eisenbahn-Direktion ausgestellte Projekt die Genehmigung des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten nicht erhalten und es ist infolgedessen ein neues Projekt ausgearbeitet worden, in welchem den Wünschen des Herrn Ministers thunlich Rechnung getragen ist. Danach soll der Bahnkörper weiter nach Süden hinausgerückt und bedeutend höher gelegt, sowie die Bahnhofsstraße in gerader Verlängerung unter demselben durchgeführt werden. Der neue Personenbahnhof soll einen sog. Inselperron erhalten, sodaß die Personengeleise zu beiden Seiten des Empfangsgebäudes zu liegen kommen. An der östlichen Seite des Bahnhofsgebäudes würde sich in der Höhe der Bahnhofsstraße und an dieselbe anstoßend ein Vorplatz zur Auffstellung der Droschken u. s. w. anschließen. Das bisherige Empfangsgebäude soll gänzlich für die Bureaus ꝛc. der königl. Eisenbahn-Direktion verwendet werden, welche gegenwärtig theilweise in gemietheten Lokalen untergebracht sind. — Daß die Ausführung des hiesigen Bahnhofs-Umbaues keineswegs nahe bevorsteht, geht auch schon daraus hervor, daß man jetzt noch auf eine provisorische Erweiterung der alten Bahnhofsanlagen Bedacht genommen hat. Für die Züge der nordhäuser und der sangerhäuser Linie, welche auf den Hauptgeleisen der thüringischen Linien an- und abfahren, sollen nämlich noch in diesem Frühjahr besondere Seitenperrons angelegt werden, was allerdings im Interesse der Betriebssicherheit dringend zu wünschen ist. — Im Anschluß an die Mittheilung verschiedener Blätter, wonach man im Ministerium der öffentlichen Arbeiten die Ausbildung der Eisenbahn-Bureaubeamten in der Stenographie in Aussicht genommen hat, ist von hier zu berichten, daß gegenwärtig eine Anzahl Beamte des Eisenbahn-Betriebsamts auf amtliche Veranlassung in der Stolzeschen Stenographie unterrichtet werden.

§§ **Naumburg**, 12. März. Die hiesige städtische Sparkasse hatte am Schlusse des Jahres 1882 einen Einlagebestand von 1,681,758.68 M., dem 43,986.70 M. an Zinsen zugeschrieben wurden. Im Jahre 1883 wurden 391,108.82 M. neu belegt, darunter 3151 M. aus der am 1. Febr. 1883 eröffneten sogen. Pfennig-Sparkasse. Von den Sparkasse-Ueberschüssen des Jahres 1883 wurden zur Erweiterung des Oberweg'schen Brüderstifts mit Freiwohnungen 12,000 M. und zur Beschäftigung brodloser Arbeiter im Winter 1882—83 ein Zuschuß von 4000 M. verwendet. Nach Abzug der Verwaltungskosten und Zinsen ergab sich für das letzte Verwaltungsjahr ein Nettogewinn von 25,277 M. und ein Baarbestand von 71,588 M. In der ganzen Zeit des Bestehens der Kasse hat dieselbe einen Brutto-Ueberschuß von 994,798 M. ergeben, von dem 214,233.77 M. noch vorhanden sind.

+ **Zahna**, 12. März. Bei der diesjährigen Holzauktion im hiesigen königl. Forste waren die Preise für Nutz- und Brennholz bedeutend niedriger als im vorigen Jahre.

— Der zum Pfarrer in Anderbeck berufene seitherige Superintendent der Diözese Neuhaldensleben, Pfarrer Oelze in Hillesleben, ist zum Superintendenten der Diözese Anderbeck, Regierungsbezirk Magdeburg, bestellt worden.

⊙ **Sondershausen**, 12. März. Der Erste Bürgermeister unserer Stadt, Herr Rath Laue, welcher als solcher vom Gemeinderath auf weitere 12 Jahre gewählt worden, hat die Wiederwahl angenommen. — Aus dem jetzt veröffentlichten städtischen Verwaltungsbericht pro 1883 sei folgendes mitgetheilt: In die Register des hiesigen Standesamts, welches außer Sondershausen die Ortschaften Bebra, Jecha, Jechaburg und Stockhausen umfaßt, wurden im Jahre 1883 eingetragen 275 Geburten (7 mehr als 1882), 82 Eheschließungen (+ 24), 232 Sterbefälle (+ 22). In die städtische Sparkasse wurden bis 1. Juli 1883 eingezahlt 692,964 M. auf 4389 Sparkassenbücher, die ausgeliehenen Kapitalien betrugen 671,621 M., der Kassenbestand 41,764 M. Die Pfennigsparkasse führte an die städtische Sparkasse ab 7228,75 M. auf 1399 Sparbücher. Die Ueberschüsse, welche vom Jahre 1860 bis jetzt von der Verwaltung erzielt und an die Stadtkasse baar abgeführt worden sind, belaufen sich auf ca. 130,000 M. Die Gemeindeschuld figurirt im Etat von 1884 mit 636,800 M. Um eine Konsolidation der städtischen Schuld, welche zum großen Theil von der städtischen Sparkasse übernommen werden ist, herbeizuführen, wurde die Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 600,000 M. beschlossen.

□□ **Stadt Sulza**, 13. März. Der Sommerkursus hiesiger Baugewerkschule beginnt am 5. Mai d. J. — Nach dem Vorbilde mehrerer Städte Thüringens beabsichtigen hiesige Bürger die Gründung eines Bürgervereins mit der Aufgabe, regelmäßige Versammlungen abzuhalten, um öffentliche Angelegenheiten zu erörtern.

Anhaltischer Landtag.

✗ Dessau, 12. März.

Präsident Pietscher eröffnet die Sitzung kurz nach 10 Uhr und macht der Versammlung Mittheilung von einigen Beurlaubungen, sowie von folgenden Eingängen: 1. Antrag der Staatsregierung, die Veräußerung einer Parzelle vom Platze des alten Gymnasiums hierselbst betr., 2. Gesetz-Entwurf, die Ausbildung nicht vollsinniger, schwach- oder blödsinniger Kinder betr.

Der erste Gegenstand der Tages-Ordnung: Zweite Lesung des Gesetzentwurfs, die Abänderung des Domanial-Auseinandersetzungs-Gesetzes betr., wird auf Antrag des Referenten von der Tagesordnung abgesetzt.

Zweite Lesung des Abschlusses der herzogl. Staatsschuldenverwaltungskasse für 1882.83.

Auf Antrag des Berichterstatters, Abg. Keßler, wird Decharge ertheilt.

Zweite Lesung der Vorlage, die Vermehrung der Schülerzahl und des Personal-Aufwandes in den Volksschulen betr.

Berichterstatter Abg. Wittig referirt, daß die Kommission für innere Angelegenheiten bei Prüfung des von der Staatsregierung vorgelegten ausführlichen statistischen Nachweises über die seit Ostern stattgefundene Zunahme der Schüler in den Volksschulen bezw. der Schulen und Lehrerstellen, sowie über die Steigerung der Lehrerbesoldungen die Ueberzeugung gewonnen habe, daß eine Vermehrung der betr. Aufwände von resp. 20,000 und 11,000 M. pro Jahr unabweishar gewesen und auch für die Zukunft eine Abnahme nicht in Aussicht zu nehmen ist. Demzufolge beantragt er die Annahme des Kommissionsantrages: Der Landtag wolle den in der Sitzung vom 15. März v. J. seitens der Etatskommission gestellten Antrag durch den gefährten statistischen Nachweis als erledigt erachten.

Abg. v. Krosigk II. führt aus, daß die Staatsregierung in der Vermehrung des Personalaufwandes ꝛc. zu schnell vorgegangen sei und wünscht, daß sie in dieser Beziehung ein langsameres Tempo einschlagen, sowie dafür sorgen möge, daß dem stetigen Zudrange zu den höheren Schulanstalten durch etwaige Erhöhung des Schulgeldes ein Ziel gesetzt werde.

Dem gegenüber erklärt Regierungspräsident Oelze, daß von einem zu schnellen Vorgehen nicht die Rede sein könne, denn es seien jetzt noch 143 Lehrer vorhanden, welche mehr als 80 Kinder pro Klasse zu unterrichten hätten.

Auch die Abgg. Hartung, Ursin, Herz, Thermann, Wittig wenden sich gegen die Ausführungen des Abg. v. Krosigk II. und wünschen, daß die Regierung in der weiteren Ausbildung des Schulwesens unbeirrt fortfahren möge.

Der Kommissionsantrag wird einstimmig angenommen.

Dritte Lesung der Vorlage, die Verminderung der Amtsverwaltungskosten ꝛc. betr.

Abg. v. Biedersee begründet den von ihm gestellten Antrag, der Landtag wolle beschließen: Herzogliche Staatsregierung wird ersucht, 1. eine Revision der Grundsätze über die Vertheilung der 20,450 M. an die Kreise, unter Belassung der Kreisausschüsse in ihren seitherigen Funktionen bezüglich der Vertheilung an die einzelnen Amtsbezirke, eintreten zu lassen, 2. eine Erörterung darüber anzustellen, ob nicht, analog der Gemeindeordnung, die Uebernahme des Amtsvorsteher-Amts zu einer obligatorischen zu machen sei.

Der erste Absatz dieses Antrages wird angenommen, der zweite abgelehnt.

Hierauf wird in die zweite Lesung der Vorlage, betr. die Gewährung eines Zuschusses von 3000 M. an die Arbeiter-Kolonie Seyda, eingetreten.

Diese Vorlage findet in dem Abg. Frhrn. v. Ende einen warmen Fürsprecher. Der Antrag auf Gewährung des Zuschusses wird einstimmig angenommen.

Schließlich wird noch in erster Lesung über die heute eingegangenen Vorlagen verhandelt und zwar wird die Vorlage wegen Veräußerung des alten Gymnasialplatzes im Plenum behalten und den Abgg. Ziegler und Westphal das Referat übertragen, während der Gesetzentwurf wegen Ausbildung nicht vollsinniger Kinder der Kommission für innere Angelegenheiten überwiesen wird.

Nächste Sitzung den 18. März.

Vermischtes.

— [Gedenktafel.] In Aussig soll einem Beschlusse der Stadtverordneten zufolge am Geburtshause Rafael Meng's (Marktplatz 37) eine des großen Künstlers würdige Gedenktafel angebracht werden. In der betr. Sitzung wurde auch die Mittheilung gemacht, daß der 13. März (1728) keineswegs als Geburtstag Meng's zu betrachten sei, da in der hiesigen Taufmatrikel der genannte Tag als Tauftag verzeichnet sei.

— [Holberg-Feier in Dänemark.] Der dänische Kultusminister hat bei dem Folkething den Antrag eingebracht, für eine würdige Feier des 200jährigen Geburtstags des dänischen Dichters Holberg im kgl. Theater zu Kopenhagen, dessen Gründer der Dichter ist, die Summe von 75,000 Kr. zu bewilligen. Der Kostenanschlag des Chefs des Theaters lautet auf 95,000 Kr., doch glaubt der Minister mit der obigen geringeren Summe auszukommen. Die Feier soll sich über eine ganze Woche erstrecken und an 6 Abenden aus Vorführungen Holberg'scher Schauspiele im kgl. Theater bestehen, während ein Fest im Theater im großen Stil den Abschluß bilden würde. Drei der Vorstellungen, zu denen man alle Dekorationen, Möbel und Kostüme neu anzufertigen beabsichtigt, sollen bei gänzlich freiem Entree für das gesammte Publikum stattfinden, an den anderen drei Abenden soll der Zutritt nur Eingeladenen gestattet sein. Auch besteht die Absicht, als Gäste des Theaters 50 hervorragende ausländische Persönlichkeiten einzuladen, speziell Schriftsteller, die über Holberg geschrieben haben, bedeutende Schauspieler, Theater-Direktoren, einige angesehene Kritiker ꝛc., um die Aufmerksamkeit des Auslandes mehr auf die hohe Bedeutung des kopenhagener Theaters und der dänischen Literatur hinzulenken.

— [In der Kraszewski-Affäre] theilt das L. T. mit, es sei Thatsache, daß der Herr Oberreichsanwalt am Reichsgericht auf Grund des ihm vorliegenden Beweismaterials seinerseits die Ueberzeugung erlangt hat, daß die Anklage gegen Kraszewski wegen Landesverraths zu erheben ist. Damit ist jedoch noch nicht entschieden, daß die Anklage wirklich erhoben wird, denn nunmehr gelangt die Angelegenheit an den ersten Strafsenat des Reichsgerichts und von dessen Beschluß hängt es ab, ob dem Antrage des Herrn Oberreichsanwalts stattgegeben wird. Die Sache ist also noch immer im vorbereitenden Stadium und entziehen sich daher zur Zeit noch weitere Angaben über das vorliegende Belastungsmaterial der öffentlichen Mittheilung.

— [Ergriffener Durchbrenner.] Ein vor einigen Tagen mit 15,000 M. durchgebrannter Lehrling einer münchener Getreidefirma wurde in der Nacht vom 8. auf den 9. d. in einer Wirthschaft des Vororts Schwabing festgenommen. Das hoffnungsvolle Bürschlein hatte, wie man der „Fr. Ztg." mittheilt, von seinem Raube binnen drei Tagen immerhin schon 600 M. an den Mann resp. an das Weib gebracht.

— [Unfall.] Der griechische Thronerbe, Prinz Konstantin, ist vor einigen Tagen im Piräus, als er vom Festlande in ein Boot springen wollte, ins Wasser gefallen, aus dem er jedoch von den Matrosen eines in der Nähe verankerten griechischen Kriegsschiffes sofort herausgezogen wurde. Der Kronprinz kam diesmal mit dem bloßen Schrecken und nassen Kleidern davon.

— [Selbstmord.] Der durch seine Manuskriptfälschung bekannt gewordene Dr. Shapira hat am 11. d. in Rotterdam seinem Leben freiwillig durch Erschießen ein Ende gemacht. Bekanntlich hatte Shapira voriges Jahr ein angeblich echtes Manuskript, das einen Theil des alten Testaments umfaßte, aus Jerusalem nach London gebracht und dort dem britischen Museum für eine Million zum Kauf angeboten. Briefe, die man bei dem Todten fand, deuten auf Irrsinn.

— [Ein bekannter hallescher Vogelliebhaber und -Züchter] hatte mit zwei Bekannten die in den letzten Tagen in einer Nachbarstadt stattgefundene Vogel-Ausstellung besucht. Nachdem die Ausstellung genügend studirt war, beschloß man, die bis zum Abgang des Zuges nach Halle verbleibende Zeit von etwa 1¼ Stunde in einem unweit des Bahnhofes belegenen ersten Hotel durch einen solennen Bierslat auszufüllen. Man bestellte also bei dem Kellner, der allerdings in seinem Aeußeren nicht allzuviel Intelligenz erkennen ließ, Bier, ein „Gesangbuch" und eine Tafel. Dienstbeflissen, wenn auch etwas verwundert, nahm der betrackte junge Mann die Bestellung entgegen, um sie schleunigst auszuführen. Das Bier war denn auch rasch zur Stelle und mit einem „Einen Augenblick, meine Herren" war der junge Mann wieder verschwunden. Schon werden die Hallenser ob des Wartens mißmuthig, da stürzt der Hausknecht herbei mit einem funkelnagelneuen — Gesangbuche auf einer Schiefertafel. Der Hausknecht war indeß „heller" als der Kellner, denn das Gelächter, welches sich erhob, ehe er noch den betr. Tisch erreicht, ließ ihm den Zusammenhang ahnen. Schnell verbarg er das Buch, dessen Name allerdings profanirt worden war, um dem Kellner eine Rüge des schon aufmerksam werdenden Wirthes zu ersparen und rasch war nunmehr das Gewünschte, eine Statkarte, zur Stelle.

Handels-, Verkehrs- und Börsen-Nachrichten.

* Köln, 13. März, nachm. (Telegr.) Getreidemarkt. Weizen stetiger loco 18,50, fremder loco 19,00, pr. März 17,70, pr. Mai 18,05 pr. Juli 18,30. Roggen loco fiestiger 14,50, pr. März 13,85, pr. Mai 14,25 pr. Juli 14,40. Hafer loco 14,00. Rüböl loco 34,00, pr. Mai 32,10. pr. Okt. 30,50.

Petroleum. * Bremen, 13. März, (Telegr.) (Schlußbericht) Sehr fest. Standard white loco 7,55 Br., pr. April 7,55 Br., per Mai 7,65 Br., pr. Juni 7,75 Br., pr. August-Dezember 8,15 Br. * Antwerpen, 13. März, nachm. (Telegr.) (Schlußbericht.) Raffin. Type weiß, loco 19½ bez. und Br., pr. April 19¾ Br., pr. Mai 19⅞ Br., pr. September-Dezember 20⅞ Brief. Ruhig. * Hamburg, 13. März. (Telegr.) Ruhig. Standard white loco 7,75 Br., 7,65 Gd., pr. März 7,50 Gd., pr. August-Dezember 8,30 Gd. — Stettin, 13. März. (Telegr.) Loco 8,50 M. * Berlin, 13. März, (Raffinirtes Standard white) per 100 Klgr. mit Faß in Posten von 100 Ctr. Termine —. Cet. — Ctr. Loco — M. bez., pr. diesen Monat, pr. März-April und pr. April-Mai —,— M. bez., pr. Mai-Juni —,— pr. August-September, — pr. September-Oktober — M. * New-York, 12. März. (Telegr.) Raffinirtes Petroleum 70⅞ Abel Test in New-York 8⅛ Gd., do. do. in Philadelphia 8⅜ Gd., rohes Petroleum in New-York 7⅞ bez. do. Pipe line Certificates 1 D. 0⅞ G.

Berliner Börse vom 13. März.

Deutsche und ausländische Fonds- u. Staatspapiere.	
Deutsche Reichsanleihe	102,90 bz
4½ % Kons. Anleihe	103,10 bz
4% do.	102,70 G
3½ % Staats-Sch.-Sch.	99,00 bz
Preuß.-Anleihe 1855	136,90 bz
4½ % Schl. Central Pfdbr.	102,25 bz
4 % Sächs. Rentenbr.	101,70 B
5 % Goth. Präm.-Pfbr.	114,90 bz G
5 % do. Gr.-K. B. do. 110 tz.	106,10 G
5 % Pr. Ctrd.-Pfdb. 100 tz.	102,40 G
4 % do. 100 tz.	100,90 G
Pr. Hyp. Akt.-B. IV.	100,50 G
Russ. Boden-Kredit	88,70 bz G
do. Centr.-Bd.-Pf.	79,50 bz
4 % Reu-Pfdr. Stadts-Anl.	131,50 bz
Oest. Papier-Rente	67,60 bz
do. Silber-Rente	68,20 bz
4 % Oest. Gold-Rente	85,75 bz
5 % Ungar. Papier-Rente	74,90 bz
4 % Ungar. Gold-Rente	77,30 bz G
Italienische Rente	94,00 B
5 % Rumänier	99,80 bz
5 % Russ.-Engl. 1873	92,00 bz G
5 % Russ. Anl. v. 1877	96,30 bz
4 % do. v. 1880	76,10 bz G
4 % do. Orient-Anl. II.	59,70 bz G
In- und ausl. Eisenbahn-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.	
Aachen-Mastricht	60,00 bz G
Altona-Kiel	235,40 G
Berlin-Dresden	19,30 bz G
Berlin-Hannover	430,90 G
Brest.-Schw.-Freib.	114,90 bz
Buschtehrader Lit. B.	81,00 bz
Galiz. (Karl-Ludw.)	126,10 bz
Gotthardbahn	96,25 B
Halle-Sorau-Guben	50,00 G
Kronpr. Rudolfbahn	75,60 bz G
Mainz-Ludwigshafen	110,00 bz G
Marienburg-Mlawka	82,50 bz G
Mecklenburg	194,90 bz
Nordb.-Erfurter abgest.	60,50 bz G
Oberschl. Lit. A. C. D. E.	269,60 bz G
do. Lit. B.	192,70 bz
Ostpreuß. Südbahn	109,80 bz G
Posen-Kreuzburg	35,00 G
Rechte Oder-Ufer	190,00 bz
Rjaschk-Morczansk (gar.)	96,70 bz G
Russische Südwestbahn	60,90 bz
Thüringer	217,20 G
„ Berlin-Dresden	47,00 bz G
Halle-Sor.-Guben	116,40 bz
Myd.-Salbertr. B. abg.	89,80 bz
Mariend.-Mlawka	117,60 bz
Oels-Gnesen	76,00 G
Ostpr. Südbahn	120,50 bz G
Posen-Kreuzburg	102,50 G
Rechte Od.-Ufer	189,75 G
Saalbahn	100,25 bz G
Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen.	
3½ Berg.-Märk. III. A.	95,75 G
4½ do. III. B.	95,75 G
4½ do. V.	103,90 B
4½ do. VI.	105,00 bz
4½ do. VII.	102,20 G
4½ do. VIII.	104,00 G
5 do. IX.	103,90 G
4½ do. Dt.-Soest II.	— —
4½ do. Nordbahn	— —
4½ Berlin-Anhalt	101,00 B
4½ Berlin-Dresden gr.	104,20 bz
4½ Berl.-Görlitz konv.	103,60 G
4½ Berl.-Hamb. III. kv.	103,70 G
4½ Brl.-Lbb.-Mgdb. D	103,80 G
4 Berlin-Stettin gar.	102,00 G
4½ Braunschw. Eisenb.	104,75 B
4½ Brsl.-Schw.-Frb. G.	103,80 bz
4½ do. H.	103,80 bz
4 Köln-Minden IV.	101,80 G
4½ do. VI.	103,60 B
4½ do. VII.	104,00 G
4½ Halle-Sor. b. St. g.	105,80 G
4½ Magd.-Halberst. 1865	— —
4½ do. Leipzig A.	105,50 G
4 do. do. B.	101,80 G
5 do. Mittenberge	86,50 G
4½ Mainz-Ludw. g. kv.	101,10 G
5 do. 1878 I. II.	103,80 bz G
4 do. konv.	101,10 G
3 Niederschl.-Märk. I.	101,50 B
4½ Oberschl. E. gr.	95,80 B
4 do. 4½ Lit. H. gr.	104,25 B
4 do. Em. v. 73	101,80 B
4½ do. do. = 79	106,00 B
4½ do. do. = 80	103,80 G
4½ Rechte Oder-Ufer	103,70 bz G
4½ Thüringer VI.	103,60 B
5 Dux-Bodenb. II.	87,20 B
5 do. III.	104,70 bz B
fr. Dux-Prag	—
4½ Gal. Karl-Ludw.	85,40 G
5 Kaschau-Oderberg	84,50 bz G
5 do. Gold	102,70 B
5 Kronpr. Rud. 72	86,10 B
5 Lemb.-Czernow IV.	81,50 bz G
3 Oest. Frz. Stb. alte	303,00 bz
3 do. 1874	399,00 B
3 do. Ergänzung.	382,00 B
4 do. Goldprior.	96,80 bz G
5 Oesterr. Nordwestb.	87,50 B
3 Südöst. Bahn (Lomb.)	39,50 bz
5 do. Obl.	103,50 B
5 Ungarische Nordostb.	80,50 bz G
5 do. Gold	100,60 B
5 do. Ostbahn I. Em.	80,10 bz
5 do. do. II. Em.	98,80 bz G
5 Charkow-Azow	97,50 B
4½ Zwangor.-Dombrův.	85,25 bz G
5 Koslow-Woronesch	100,75 B
5 Kursk-Kiew	102,40 bz
5 Moskau-Rjäsan	104,20 B
5 do. Smolensk	97,75 G
5 Rjäsan-Koslow	102,30 B
4 Russ. Nikolai-Obl.	81,20 bz B
5 Schuja-Ivanowo	97,60 G
5 Warschau-Wien IV.	102,25 bz G
5 do. V.	101,40 B
3 Gr. Russ. Staats-Obl.	69,50 B
Transkaukasische Eis.-Obl.	53,20 B
Bank- und Industrie-Aktien.	
Aachen Diskonto	119,40 G
Berliner Handels-Ges.	127,90 bz G
Darmstädter Bank	135,75 bz G
Diskonto-Kommandit	210,00 bz
Deutsche Bank	155,00 bz G
do. Genossenschaftsbank	129,00 bz G
Dresdener Bank	127,00 B
Leipziger Kredit-Anstalt	176,25 bz G
Magdeb. Privatbank	117,75 G
Mitteldeutsche Kred.-Bank	95,90 B
Oester. Kredit-Anstalt	558,50 B
Reichsbank	146,10 bz G
Sächsische Bank	129,25 bz G
Schles. Bank-Verein	107,00 G
Weimarische Bank	92,75 bz G
Admiralsgartenbad-Akt.	66,40 B
Erdlinger Papierfabrik	224,00 bz G
Deutsche Gas	183,00 B
Hallesche Maschinen	300,75 bz G
Laurahütte	112,30 bz G
Phönix-Bergwerk Lit. A.	85,90 bz G
„ Lit. B.	35,00 G
Dortmunder Union	22,75 G
Bochumer Gußstahl	95,90 bz
Hörd. Hütt.-A. konv.	59,50 bz G
Glanziger Zucker	88,00 B
Kirchsoriter Zucker	143,00 bz
Sächs.-Zh. Kr.-B. St.-A.	195,00 B
do. St.-Prior.	195,10 G
Sächs. Masch. (Hartmann	131,00 bz G
do. Stickmaschinen	123,50 bz G
Zeitzer Maschinen	157,50 bz G
Wechsel.	
Amsterdam 100 fl. 8 T.	169,15 bz
Brüssel, Antw. 100 fr. 8 T.	81,15 bz
London 1 Lstrl. 8 T.	20,495 bz
Paris 100 fr. 8 T.	81,20 bz G
Wien öst. W. 100 fl. 8 T.	168,60 bz
Petersb. 100 S.-R. 3 W.	202,80 bz
Bank-Diskonto.	
Berlin Wechsel 4, Lombard 5.	
Amsterd. 3½, Brussel 3½, London 3.	
Paris 3, Petersburg 6. Wien 4.	
Gold, Silber und Banknoten.	
Souvereigns	— —
Engl. Banknoten	20,505 bz G
20-Franks-Stücke	— —
Dollars	4,20 bz B
Imperials	— —
Franz. Banknoten	81,45 bz G
Oesterr. do.	168,75 bz
Russ. do.	203,90 bz

Leipziger Börse vom 13. März.

St.	Kgl. Sächs. Rente-Anl.	M.	
3	do.	1000	82,85 G
3	do.	500	82,50 G
3	do.	500	83,00 B
		Thlr.	
3	Staatsanl. 1830	25	— —
3	do. 1855	100	92,25 B
4	do. 1847	500	102,00 G
4	do. 1870	100	102,40 G
4	do. 1870	50	102,25 G
Div.	**Eisenb.-St.-Akt.**		
8⅛	Altenburg-Zeitz	197,00 G	
14⅔	Aussig-Teplitz	278,00 G	
7½	Böhm. Westb. (5% g.	131,50 G	
7	Buschtiehrad. Lit. A.	143,25 G	
2	do. = B.	81,25 bz G	
6	Dux-Bodenbach	150,25 G	
5	Franz-Jos.-B. (5% g.	87,00 G	
	Eisenb.-St.-P.-A.		
7½	Altenburg-Zeitz	178,00 B	
6	Dux-Bodenb. Lit. A.	146,00 G	
6	do. = B.	146,00 G	
3½	Halle-Sorau-Guben	116,25 G	
	Bank- u. Kred.-Akt.		
9	Allg. D. Cr.-A. Lpz.	176,25 bz G	
9	Dresdener Bank	127,50 bz	
7½	Leipziger Bank	134,00 G	
5½	do. Kassen-Verein	103,75 G	
8	do. Disk.-Gesellsch.	111,75 bz G	
5½	Sächs. Bank	122,50 B	
5½	Weimar. Bank, neue	92,75 bz	
0	Zwickauer	75,50 G	
	Ind.-Akt., Pr. und Stamm-Prior.		
0	do. Papierfabr.	220,00 G	
4	do. II. Em.	— —	
5	do. Schuldverschr.	103,50 G	
4	Dux-Teplitz-Rattin.	126,00 bz G	
	Div.	**Ind.**	
—	Lpz. Malzf. Schleud.	180,00 G	
7½	Thür. Gasges. L. Lpz.	124,50 G	
7½	do. Stamm-Pr.	135,00 G	
5	Kette-Eibl.-Gef. Akt.	121,50 G	
10	Zuckerraffinerie Halle	130,00 G	
10	S.-Thür. Pr.-A. St.	195,00 B	
10	do. St.-Prior.	195,00 B	
7	Ver. Schl.-Th. Paraf. u. Solaröl St.-P.-A.	123,00 G	
	Ausl. Eis.-P.-Obl.		
4½	Kursk-Kejslijer	104,10 bz G	
5	Böhm. Nordbahn	92,00 G	
4	do. do. Gold	94,75 G	
5	Buschtiehr. (B. Nbdn.	88,30 G	
5	do. Em. 1871	88,30 G	
5	do. = 1872	88,30 G	
4½	do. Gold	102,50 bz G	
5	Dux-Bodenbach	88,25 G	
5	do. Em. 1871	87,50 B	
5	do. = 1874	105,00 G	
4½	Graz-Köflacher	79,80 B	
5	do.	86,60 B	
5	do. Em. v. 1872	86,60 B	
5	Kaschau-Oderberg	84,50 bz G	
5	Prag-Dux Kr. 8.	98,00 G	
5	do. II. Em. Kr. 8.	98,00 G	
5	Prag-Turnau	92,00 G	

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18840315026/fragment/page=0002